

Korrespondenz zum Thema:

„Demokratie immer noch besser als Faschismus“

„ ... finde ich auch nicht alles gut an der Demokratie. Es gibt zu wenig direkte Demokratie, zu wenige Volksbefragungen, vielen Politikern geht es nur um ihren Machterhalt und andere erfüllen bloß die Wünsche der Arbeitgeber usw.. Aber letztlich finde ich die Demokratie immer noch besser als den Faschismus. Hier darf man frei seine Meinung sagen, auch wenn sie kritisch ist. Man wird für Protest gegen Politik – siehe Demos gegen AKWs oder Friday for Future - nicht gleich eingesperrt, man kann zwischen verschiedenen Parteien wählen und selbst eine Partei gründen, Ausländer werden integriert und nicht in KZs umgebracht...“

Wie gut, dass man hierzulande als deutscher Bürger, der in der Schule gut aufgepasst hat, immer den passenden Vergleich zur Hand hat. Man stelle sich einmal vor, der Faschismusvergleich müsste als Vergleichsmaßstab entfallen, dann hätte man kein „noch schlechteres“ politisches System greifbar, um die Demokratie *daran* „besser“ aussehen zu lassen. Was dann? Dann bliebe nichts anderes übrig, als die Demokratie an sich selbst zu messen; mit anderen Worten: eine vernünftige Bilanz über dieses Herrschaftssystem zu erstellen, aus der dann hervorgehen würde, was Demokratie ist, wie man in ihr vorkommt und was dieses politische Wertesystem für die Bürger leistet, die frei gleich und geheim alle vier Jahre in ihr eine Regierung wählen. Allerdings hätte man dann auch dein Lob der Meinungs- und Demonstrationenfreiheit, des Wahl- und Parteienrechts etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Und nicht zuletzt wäre es dringend angesagt, dein *negatives Lob* zu prüfen: Für die Demokratie soll es sprechen, schreibst du, dass sie *keine* KZs errichtet, um in ihnen „unwertes Leben“ oder „undeutsche Elemente“ zu vergasen. Offenkundig hältst du den Sachverhalt, dass die Demokratie diejenigen nicht gleich umbringt, die sie zu ihren Feinden erklärt, für einen Umstand, der schwer für sie spricht. Mir läuft es bei der damit zum Ausdruck gebrachten Vorstellung, dass die Demokratie *soweit nicht* ginge, kalt den Rücken herunter. Ja, wie weit geht sie denn mit denen, die sie als Feinde der Demokratie ausfindig gemacht hat? Ist dir klar, dass dieses Lob alle Varianten des real existierenden demokratischen Säuberungsarsenals, das der Ausschaltung von zu Feinden erklärten Bürgern dient, positiv abhakt, wenn diese nur *am Leben* gelassen werden? Bemerkest du nicht, dass du keinen *Vergleich* anstellst, sondern hier nur eine *Grenze* im Erledigen von in der Demokratie wenig beliebten Menschen ziehst: Bis hierher schon, aber weiter nicht! Ist dir denn entgangen, dass du darüber an die Stelle einer *Verurteilung* des Faschismus im Namen der von dir wohl geschätzten demokratischen Werte theoretisch den *nahtlosen Übergang* von der Demokratie zum Faschismus vorträgst? All das ist dir entgangen, sonst hättest du diesen 'Vergleich' ja nicht angestellt.

Zu einem Vergleich gehört allerdings etwas mehr: Da gehört zuvörderst die *getrennte* Erklärung von Demokratie und Faschismus. Erst dann hätte man die Grundlage für einen Vergleich geschaffen. Damit würde zu allererst klargestellt, worin sich diese beiden politischen Systeme *gleichen* – es handelt sich ja um einen *Vergleich* - und worin ihre *Unterschiede* bestehen. In deiner Anfrage entdecke ich – das muss ich so klar sagen - nichts davon. Ich entdecke in den Andeutungen all dessen, was dir an Demokratie ge- und missfällt eine Ansammlung von Fehltritten über Demokratie – dazu gleich mehr. Und dass dir zum Faschismus nur die KZs mit ihren Massenmorden einfallen, vielleicht zusätzlich noch die Euthanasie und der 2. Weltkrieg, ist nicht zufällig. Keine Frage, dass es diese Gräueltaten im Nationalsozialismus gegeben hat, aber den Faschismus darauf zu reduzieren bzw. in diesen Mordeaten so etwas wie das *Zentrum* des Faschismus zu sehen, geht an ihm vorbei. Wie sollte sich auch ein politisches System, immerhin eine Herrschaft über eine ganze Gesellschaft in den Umgang des Faschismus mit seinen inneren oder äußeren Feinden auflösen! Gab es da keine Wirtschaft, kein Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem, keine Infrastruktur, keine Kultur und keine Öffentlichkeit? Aber wie gesagt, zufällig ist diese Reduktion nicht: Denn ohne diese Gräueltaten hätte der Faschismus dir nicht als Folie zum *Demokratielob* getaugt. All das läuft für mich auf den feststehenden geistigen Beschluss hinaus, als

– natürlich - kritischer Bürger an der Demokratie *unbedingt festhalten* zu wollen. Und dass solche (Pseudo-)Vergleiche für derartige Unterfangen gut taugen, lernt man früh: Z.B. wenn die Klage über Armut hierzulande mit dem Verweis auf viele größere Armut in Afrika relativierend zurückgewiesen wird oder wenn eine Beschwerde über das Leben unter der Knute eines Fabrikherren mit dem groß- oder urgroßväterlichen Verweis darauf, wie „es uns im Krieg gegangen ist“, als schiere Zimperlichkeit abgeurteilt wird.

Du hättest dich z.B. auch fragen können, ob es denn überhaupt einer *Herrschaft* über Bürger *bedarf*, um ein ordentliches Leben in einem Landstrich zu organisieren. Stelle dir nur mal einen Moment lang vor, du wärst so vorgegangen und dabei zu dem kritischen Ergebnis gelangt, dass es *Herrschaft* über Menschen überhaupt nur dort braucht, wo es Gegensätze zwischen Bürgern und zwischen denen und ihrer Herrschaft gibt. Und stell dir weiter vor, du hättest dich darüber zu der kritischen Einsicht vorgearbeitet, dass es diese Herrschaft dann unbedingt dafür *braucht*, um solche Gegensätze mit dem Einsatz von mehr oder weniger Staatsgewalt zu domestizieren; und zwar in dem faschistischen *und* in dem demokratischen Herrschaftssystem! Glatt hättest du dann *beide* Systeme geistig entsorgen müssen.

Jetzt aber mal etwas 'Butter bei die Fische': Was du zunächst zur Demokratie *positiv* vermeldest, hält keiner Prüfung stand. Ich versuche das exemplarisch – nur¹ - an der von dir gepriesenen *Meinungsfreiheit* zu begründen. Nicht dass ich sie leugnen würde, wie das manche kritischen Menschen zu tun pflegen. Überhaupt nicht! Nur frage ich mich regelmäßig, warum eine Staatsgewalt - auch noch per Grundgesetz - das *freie Äußern* von Meinungen *erlauben* muss? Sollte man es nicht als eine *Selbstverständlichkeit* erachten, dass jedermann seine kritischen oder unkritischen Gedanken anderen mitteilt, darüber ins Gespräch kommt, sich eines Besseren belehren lässt oder umgekehrt andere von den eigenen Urteilen überzeugt? Und wäre so etwas nicht dort geradezu ein *Erfordernis*, wo Menschen gemeinschaftlich ihr Leben organisieren? In der Demokratie offenbar nicht: Da redet man nicht etwa, wie es einem die eigenen Gedanken eingeben, sondern da *benutzt* man dafür eine *staatliche Erlaubnis* – ob man das nun jedes Mal, wenn man öffentlich den Mund aufmacht, dabei bedenkt, sich vielleicht sogar bedankt, oder auch nicht.

Es fragt sich, wozu es diese Erlaubnis *braucht* und worin die so geschätzte *Freiheit* dabei besteht. Bei der grundgesetzlichen Ermächtigung zum freien Meinen denke ich gar nicht zuerst daran, dass der Staat sie seinen Bürgern dann wohl auch *entziehen* kann. Zwar kann er und tut er das², aber Freiheitslobgesänge werden doch nicht wegen permanent präserter *Zensurdrohung* angestimmt. Dennoch ist der Gedanke alles andere als abwegig, dass der Staat mit dieser Billigung seine höchst-eigenen *Anliegen* verfolgt. Und diese Anliegen liegen offen zu Tage: Wenn er die Bürger ermuntert, zu allem und jedem ihren kritischen Senf in Leserbriefen, in Talkrunden oder auf öffentlichen Veranstaltungen abzugeben, wenn neuerdings in Internetforen aller Art von morgens bis abends Meinungen abgesondert werden dürfen, wenn der Nachwuchs zur Kritikfähigkeit erzogen wird und Lehrende in Schule und Uni dazu aufgefordert werden, sich „eine eigene Meinung“ zu bilden, dann kommt es dem obersten Erlauber wohl schwer darauf an, zu erfahren, was in seinem Volk so gemeint und geglaubt wird. Weniger interessiert ist er dabei am Nachbarschaftsgezeifer, am Räsonieren über die letzte Sendung von 'Deutschland sucht den Superstar' oder am Urteil von Millionen selbsternannter deutscher Fußballbundestrainer über das letzte Spiel der Nationalmannschaft. In erster Linie ist ihm dran gelegen, die zumeist kritischen Urteile der Bürger über sein *Regierungswirken* in Erfahrung zu bringen. So wie die Bürger ihre guten Gründe für Beschwerden

1 Auf das, was du an demokratischem Parlamentarismus schätzt, will ich hier nicht auch noch eingehen. Ich möchte aber dazu auf folgendes Buch verweisen, das Klärung liefert: P. Decker (Hrsg.), Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft, München 2013

2 Fälle, auch solche in denen Äußerungen unter Strafe gestellt sind, dürften bekannt sein. Das Strafgesetzbuch listet da so Einiges auf: Beleidigungsgesetze, Volksverhetzung, Billigung von NS-Gewalttaten, Vergehen gegen die Menschenwürde...

haben, so hat er seine guten Gründe dafür, diese zur Kenntnis zu nehmen. Was zwischen den Wahlen den Bürgern als Politik zugemutet wird, trifft nämlich in seltensten Fällen auf einhellige Zustimmung: Da reichen die Renten nicht, sind Löhne ungerecht, wird Gesundheitsbetreuung immer teurer und schlechter, fehlt es an Kita-Plätzen, sind die Schulen marode, stören sich Inländer an Ausländern usw. Die Regierung interessiert an solcherart Schelte, dass sie sich an *ihre* Adresse richtet, ihr Unterlassungen, Fehlverhalten, Versäumnisse oder Pflichtvergessenheit vorwirft, also weit entfernt davon ist, das Wirken der Regierungen auf politische *Gründe* hin untersuchen. Kurz: Sofern von Bürgern als *Adressat* dieser Kritik nur jene Instanz ins Auge gefasst und politisch verantwortlich gemacht wird, auf deren Konto doch all diese Unterlassungen gehen, den Staat nämlich, können sich Politiker weiterhin als die *Zuständigen* für die Bürgersorgen auführen und den Bürgern mitteilen, ob und wenn ja wie ihre Sorgen überhaupt nur zu den politischen Vorhaben passen, die sich die Regierung vornimmt. Darüber schafft es das demokratische System, bei chronischer Unzufriedenheit großer Volksteile mit den Resultaten staatlicher Politik, die Bürger bei der Stange zu halten. Und im übrigen dürfen Bürger ihren Ärger über die herrschende Politik in die Wahl der nächsten umsetzen, mit der dann derselbe Zirkus weiter geht. Das fällt unter den demokratischen Wert der *Wahlfreiheit*, die erneut der Demokratie ganz hoch angerechnet wird – ohne dass sich die versammelten Wähler den Kopf darüber zerbrechen, dass deren Benutzung an den Ursachen ihres Dauerfrusts nichts ändert.

Die Welt der Demokratie ist für Politiker also ziemlich in Ordnung. Dies besonders dann, wenn die Bürgerkritik nicht nur ihrem *Gehalt* nach von jenem ebenso unbegründeten wie unerschütterlichen und unerschütterlich kritischen Staatsvertrauen gekennzeichnet ist, sondern wenn sie sich auch der *Form* nach dadurch auszeichnet, dass so etwas wie die *praktische Durchsetzung* ihrer Anliegen gegen Widerstände aller Art für sie nicht in Frage kommt: D.h. wenn alle Klagen bloß als *Meinungen* vorgetragen werden. Damit unterwerfen sich die Bürger dem demokratischen Diktum, dass zwar jedermann berechtigt ist, seine Meinung zu äußern, aber eben nur unter der Voraussetzung, dass er dieselbe Berechtigung allen anderen Mitbürgern auch zugesteht, auch wenn diese von den seinen abweichende oder gar gegenteilige Anliegen vortragen – was in dieser Gesellschaft ja schon gelegentlich vorkommen soll. Genau darüber wird jede *Meinungsäußerung* zur *Meinungsäußerung*, die allein daran festhält, dass sie eben „die meine ist, die mir niemand nehmen kann“! In diesem Insistieren auf seiner *Subjektivität* anerkennt der Meinende die Berechtigung jeder anderen Meinung – die darf dem anderen Bürger genau so wenig „weg genommen werden“; mag sie seiner Kritik auch noch so sehr widersprechen. Es erweist sich darüber die Wahrnehmung der staatlich erlaubten Meinungsfreiheit als eine Form der *freiwilligen* Selbstentwaffnung des Bürgers: Seine *Interessen*, mithin etwas, was er doch *praktisch* für sich realisieren will, bringt der Bürger auf Meinungen herunter und trennt sie so von jeglichem, auf Durchsetzung bedachtem Handeln. Fazit: Der Bürger darf seine Kritik, seine Wünsche und seine Forderungen öffentlich anmelden, über deren *Berechtigung* entscheiden dann die gewählten politischen Führer – und in der Regel nach Kriterien, die sicherstellen, dass der Bürger sich erstens weiterhin ohnmächtig der Meinungsfreiheit für seine Beanstandungen wird *bedienen* können, und dass er zweitens der Obrigkeit für die Erlaubnis dieses mehr als faden Freiheitsgenusses seinen *Dank* abstatten und so zu verstehen geben kann, dass er mit all seiner Kritik an der Obrigkeit treu zu ihr steht.³

„Immer noch *besser* als Faschismus“? Nur weil die Faschisten die Einheit von Volk und politischer Führung nicht über die Erlaubnis und Ermunterung zur Kritik per Meinungsfreiheit immer wieder aufs Neue *herstellen*, sondern von dieser Einheit einfach *ausgehen*, und heftig reagieren, wenn sie in Frage gestellt wird. Das mögen regierende Demokraten übrigens auch nicht. Wo z.B. Organisa-

3 Das Demonstrationsrecht wäre in ähnlicher Weise zu kritisieren. Man sollte sich diesbezüglich gleich mal fragen, warum nach Art. 8 Abs. 1 des Grundgesetzes alle Deutschen nur das Recht haben, „*sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich (!) und ohne Waffen (!) zu versammeln*“; und warum betont wird, dass dieses Grundrecht den Bürgern nichts anderes ermöglichen soll, als „*sich aktiv am politischen Meinungs- (!) und Willensbildungsprozess (!) zu beteiligen*“, (<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/staatliche-ordnung/versammlungsrecht/versammlungsrecht-node.html>) über den ich gerade nicht eben freundlich geurteilt habe?

tionen darauf insistieren, dass von solcher Einheit nicht die Rede sein kann, vielmehr ein *Gegensatz* von Klassen diese Gesellschaft auszeichnet⁴, da sind regierende Demokraten schnell mit dem Verfassungsschutz unterwegs und greifen zum *Verbot* solcher Organisationen, wenn diese mit ihren Argumenten in der Klasse der einkommensabhängig Beschäftigten *ankommen* – siehe dazu z.B. das KPD-Verbot. Das ist für Demokraten nur das letzte Mittel, um gänzlich unerwünschte Auffassungen um jede öffentliche politische Wirksamkeit zu bringen. Davor gibt es den zu den Werten der Demokratie gezählten Meinungs*pluralismus*, in welchem unter freundlicher Zuhilfenahme von Bildungseinrichtungen, der Öffentlichkeit und des Marktes für Bücher, Zeitschriften und andere Medien zwischen gehörigem und ungehörigem Gedankengut ziemlich effektiv sortiert wird. Und zwar so effektiv, dass das abweichende Gedankengut, obwohl *zugelassen*, dennoch keine Chance bekommt, in den Kanon *befassenswerter* Erwägungen aufgenommen zu werden.

Bringt man den hier thematisierten Vergleich mit dem Faschismus zu Ende, dann gilt es festzuhalten, dass es beide Herrschaftssysteme *eint*, dass sie ihre Methoden haben, politisch unerwünschte Gedanken und deren Organisation um *jede Wirksamkeit* im Volk zu bringen. Die *Methoden* selbst *unterscheiden* sich: Während die Demokratie schwer Wert darauf legt, das für sie politisch abwegige *Gedankengut* aus dem Verkehr zu ziehen, ohne deren *Verfasser* gleich mit unschädlich zu machen, sehen das Faschisten – wie bekannt – anders: Nur wenn die Verfasser ebenfalls aus dem Verkehr gezogen werden, dann ist für sie die Gewähr gegeben, dass deren verbotene Gedanken nicht weiterhin Anklang im Volk finden.

Worin ist also deiner Auffassung nach die Demokratie „*besser*“? Darin dass sie die Vertreter abweichender politischer Auffassungen nicht wegsperrt oder gleich einen Kopf kürzer macht? Möchtest du dagegen die Methoden *preisen*, mit denen die Demokratie auf ihre pluralistische Art dafür sorgt, dass als abweichend und störend geltende Gedankengut in aller Öffentlichkeit und leider unter dem Beifall großer Volksteile exkommuniziert wird?

4 Von Rechtsaußen gibt es diese Kritik heute unter Verweis auf die Ausländer, die ihre Vorstellung von Einheit der Volksidentität zerstören.